

Bericht	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Umwelt
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 104 - Straßen und Verkehr
	Bearbeiter/in	Martina Kürten
	Telefon (0202)	563 - 4798
	Fax (0202)	563 - 4798
	E-Mail	martina.kuerten@stadt.wuppertal.de
	Datum:	28.08.2018
	Drucks.-Nr.:	VO/0233/18 öffentlich
Sitzung am Gremium		Beschlussqualität
06.09.2018 Ausschuss für Verkehr		Entgegennahme o. B.
Sachstand zum Thema "LKW-Navi"		

Grund der Vorlage

Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2018 (VO/0081/18) – Sachstand zum Thema „LKW-Navi“

Beschlussvorschlag

Entgegennahme o. B.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Meyer

Begründung

Mit Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2018 wurde die Verwaltung beauftragt, einen Sachstandsbericht zur Teilnahme am „LKW-Navi“ erforderliche Schildererfassung vorzulegen, sowie die Möglichkeiten einer umweltgerechten Optimierung der LKW-Verkehre darzulegen.

Im Rahmen der Luftreinhalteplanung wurde bereits im Jahr 2010 die Notwendigkeit zur Erarbeitung eines LKW-Routenkonzeptes untersucht und zusammen mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Maßnahme verworfen. Dies wurde wie folgt begründet:

Die Situation im innerstädtischen Wuppertaler Straßennetz ist durch einen geringen LKW-Anteil gekennzeichnet, wobei der regionale Durchgangsverkehr nahezu keine Rolle spielt. Dies ist primär durch das Stadtgebiet umschließendes Fernstraßennetz begründet, bestehend aus der Autobahn A 1 im Osten, der Autobahn A46 im Norden, der Autobahn A535/Landstraße L 74 im Westen und den Landstraßen L 418/L 419 als Verbindung zwischen den Autobahnen A 1/A46 im Süden. Für eine Ost-West/West-Ost Durchfahrt des regionalen Schwerverkehres im innerstädtischen Straßennetz ist nur die Bundesstraße B7 als Alternative zur A46 vorhanden, die jedoch durch die topographisch enge Tallage der Stadt Wuppertal auch einen Großteil des innerstädtischen Verkehrs aufnehmen muss. Dies zeigt sich in den hohen Verkehrsbelastungszahlen von bis zu 40.000 Kfz am Tag, die zu den Höchsten in der Stadt Wuppertal gehören. Durch die hohe Auslastung dieser innerstädtischen Hauptverbindungsstraße ist ein Ausweichen des Durchgangsverkehres von der Autobahn A46 auf die B7 – selbst bei Stau auf der A46 – derzeit hochgradig unattraktiv und beinhaltet keinen Zeitgewinn.

Das untergeordnete Straßennetz weist hingegen kaum nennenswerte Verkehrsanteile auf. Dies ist wiederum in der topographisch engen Straßensituation begründet, die im Innenstadtbereich zusätzlich durch viele Einbahnstraßen und Tempo 30 Zonen gekennzeichnet ist. Demnach ist auch ein Ausweichen des potentiellen LKW-Durchgangsverkehres - jenseits der stark belasteten Hauptverkehrsstraßen - auf Nebenrouten höchst unattraktiv.

Diese Situation spiegeln auch die manuell gezählten LKW-Anteile der letzten Jahre wieder. Hierbei bewegen sich die LKW-Anteile im Durchschnitt zwischen 2% und 3%, was für eine innerstädtischen Bereich im Vergleich zu anderen Kommunen sehr niedrig ist.

Für Gefahrguttransporte ist in Wuppertal seit langem ein Routennetz definiert, auf denen LKWs mit gefährlichen Gütern fahren dürfen, ein so genanntes Positivnetz. Alle anderen Straßen sind für die Gefahrguttransporte verboten, bzw. nur mit Ausnahmegenehmigung zu befahren.

Dennoch ist angesichts der bevorstehenden umfänglichen Baumaßnahmen des Landes NRW auf der A 46 davon auszugehen, dass die Lkw-Navigationssysteme auch die B7 als Umfahrroute empfehlen werden, was im Hinblick auf die Verkehrsbelastung auf der Talachse - und damit ursächlich zusammenhängend auf die luftthygienische Situation - in hohem Maße kontraproduktiv wäre.

Im Jahr 2015 hat die Verwaltung mit Drucksache VO/1942/15/1-A dargestellt, dass sie zum damaligen Zeitpunkt nicht über die nötigen Finanz- und Personalressourcen verfügte, um ein Schilderkataster aufzustellen und der Kooperationsvereinbarung zum „LKW-Navi“ beizutreten.

Die im Jahr 2017 vom Rat beschlossene systematische Straßenzustandserfassung und –bewertung ist in der Umsetzungsphase. Hierbei wird das gesamte Wuppertaler Straßennetz im Jahr 2018 durch Panoramabilder erfasst und muss in erster Priorität in einem neuen Kataster erfasst werden. Auf dieser Grundlage wird ein Schilderkataster mit einem weiteren externen Auftrag erstellt.

Mit diesem Schilderkataster können auch fachspezifische Themen wie das LKW-Routing qualifiziert und zeitsparend unterstützt werden, da viele Daten nicht mehr manuell erhoben werden müssen. Weiterhin kann die Weitergabe der Daten für Anwendungen von Dritten über georeferenzierte Schnittstellen ermöglicht werden.

Im Rahmen einer umweltgerechten Optimierung der LKW-Verkehre wird prioritär bis Ende 2018 für die beiden Wuppertaler Innenstadtbereiche Elberfeld und Barmen ein Konzept für

emissionsarme Lieferverkehre (Schwerpunkt Kurier-, Express-, Paket- Dienstleister) mit Elektrofahrzeugen erarbeitet. Erste im Bearbeitungsprozess entwickelte Ansätze und Maßnahmen für eine elektromobile Citylogistik sollen bereits in dem aktuellen „Green City Plan“ aufgegriffen und zukünftig umgesetzt werden. Damit sind zunächst die Kapazitäten ausgelastet. Die Verwaltung sieht aktuell auch nicht die fachlich inhaltliche Notwendigkeit einer prioritären Bearbeitung.

Ziel der Kooperation „mobil im Rheinland“ und dem Verkehrsministerium des Landes NRW ist es dagegen, ein Vorrangnetz zu definieren, so dass LKWs möglichst störungsfrei durch die Kommunen fahren können. Sämtliche Daten werden den Kartenherstellern für Navigationsdaten zur Verfügung gestellt, sodass neuere Navigationsgeräte für LKWs über diese Kartenmaterial verfügen können (VRS-Projekt „mobil im Rheinland“):

- Aktuelle LKW Navigationsgeräte sind für die Routenwahl auf Grund fehlender, spezifisch kommunaler Vorgaben nur eingeschränkt verwendbar. Erstmals in NRW hat sich daher die Wirtschaftsförderung metropoluhr im RVR mit diesem Problem befasst und in Zusammenarbeit mit den Kommunen und IHKs der Region ein LKW-Vorrangnetz erarbeitet. Entscheidendes Qualitätsmerkmal ist, dass hier die Städte und Gemeinden die notwendigen Ortskenntnisse und Fachkompetenz zur Festlegung der Vorrangrouten einbringen.
- Im Auftrag des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW greift das Projekt „Effiziente und stadtverträgliche LKW-Navigation für das Rheinland und NRW“ diesen Ansatz auf und entwickelt ihn technisch weiter. Es bezieht sich zunächst auf das Gebiet der Metropolregion Rheinland mit 148 Städten und Gemeinden, wird aber für eine landesweite, bzw. darüber hinausgehende Ausdehnung konzipiert und umgesetzt.
- Die beteiligten Kommunen werden unter Federführung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg/mobil-im-rheinland, sowie der Unterstützung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW, den Industrie- und Handelskammern des Rheinlandes und weiteren Partnern in die Lage versetzt, Daten für ein effizientes und stadtverträgliches LKW-Vorrangnetz in der Region zu schaffen. Dazu wird ein Web-basiertes Portal entstehen, das neuesten technischen Anforderungen entspricht.
- Für die künftige Routenwahl der Schwerlastverkehre erfasst jede Kommune neben dem Vorrangroutennetz in ihrem Zuständigkeitsbereich als Mindestanforderungen die Restriktionen: Höhen-, Gewichts-, und Breitenbegrenzung sowie LKW-Durchfahrtsverbote. Weitere Restriktionen lassen sich integrieren.
- Eine partnerschaftlich angelegte Kooperationsvereinbarung regelt die Zusammenarbeit und dient somit der schnellen Umsetzung des Gesamtprojektes. Da technisch vergleichbare Ansätze auf nationaler Ebene zurzeit nicht bekannt sind, ist das System geeignet, gleichzeitig als Best Practice über NRW hinaus zu dienen. Aktuell sind 123 (Stand März 2018) kommunale Partner der Kooperation beigetreten.
- Die Ausdehnung des Projektes auf die großen Logistikhubs ist in einer zweiten Stufe ebenfalls geplant. Ein NRW-weit einsetzbares System ist von hohem Landesinteresse, so dass die technische Zusammenarbeit der Systeme weiter zeitnah ausgebaut wird.

Weitere Informationen und der Stand des Projektes sind auf der Internetseite www.mobil-im-rheinland.de hinterlegt.

Eine Beteiligung der Stadt Wuppertal in dem Projekt kann nach Fertigstellung des Schilderkatasters und Vorliegen der Datengrundlagen sowie Sicherstellung der Datenpflege

erfolgen. Im Jahr 2019 kann die Verwaltung hierzu auch das notwendige Netz von Vorrangrouten für den LKW-Verkehr planen und abstimmen. Dabei hält die Verwaltung die bereits im Jahr 2015 geäußerten Bedenken aufrecht, dass durch ein optimiertes Navigationsrouting die Gefahr bestehen kann, dass übergeordnete Kfz-Verkehre von der Autobahn A46 in das kommunale Netz geleitet werden. Dies gilt es in einer möglichen Umsetzungsphase zwingend zu verhindern.

Demografie-Check

entfällt

Kosten und Finanzierung

entfällt

Zeitplan

entfällt

Anlagen

entfällt